



# märkische linke

DIE ROTE ZEITUNG – DAS MEINUNGSMEDIUM FÜR DEN KREIS OSTPRIGNITZ-RUPPIN

Dezember 2020 – [www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de)



Wegen mangelhaft ausgearbeiteter Hygienerichtlinien und fehlender Kontrollen erhöht sich das Risiko, dass sich das Coronavirus in den Einrichtungen der frühkindlichen Erziehung ausbreitet - zulasten der Kinder und Erzieher!

## Eine vergessene Berufsgruppe

Von den systemrelevanten Berufsgruppen ist in Corona-Zeiten immer wieder zu hören, dass sie an ihre Belastungsgrenzen stoßen. Dazu werden Ärzte, Pflegekräfte, Intensivpfleger zu Recht an der Spitze genannt. Aber auch Lehrer oder Kraftfahrer von Bussen und Bahnen zählen dazu. Es gibt aber eine Berufsgruppe, ohne deren Arbeit viele andere, die eine relevante Tätigkeit ausüben, gar nicht arbeiten könnten. Die Rede ist von Erzieherinnen und Erziehern in den Kindertagesstätten (Kitas) und Schulhorten.

*Unser Redaktionsmitglied Achim Müller hat deshalb versucht, deren spezielle Sorgen und Probleme zu erfragen. Er sprach mit verschiedenen Kita- und Horterziehern, aber auch mit Eltern.*

### Erzieher im »Lockdown«

Erzieher sind eine Berufsgruppe, ohne deren Tätigkeit das Wirtschaftsleben nicht funktionieren würde. Sie sind diejenigen, die sich Tag für Tag um das Wohl, die Betreuung und Bildung der ihnen anvertrauten Kinder kümmern. Darüber hinaus sind sie auch noch Kummerkasten, Vertrauensperson und eine Art »Tante oder Onkel« für die Kinder.

Im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen haben Erzieher einen direkten, ungeschützten Kontakt zu den Kindern. Es gelten weder Abstandsregeln noch gibt es einen Maskenschutz bei der Arbeit mit den Kindern (Maskenpflicht besteht im Hort nur auf Fluren oder in Gemeinschaftseinrichtungen, wobei die Träger der Einrichtung die Masken für das Personal bereitstellen. In Kitas besteht für Kinder keine Maskenpflicht). In den Gruppen- und Gemeinschaftsräumen, in denen die Erzieher ebenfalls keine Maske tragen, sind diese völlig ungeschützt. Einige ErzieherInnen berichteten, dass sie noch nie auf Corona getestet wurden, obwohl es Regelungen zum zweiwöchentlichen Test gibt. In einigen Einrichtungen erhielt das Personal »Berechtigungsscheine für bis zu sechs Testungen auf Sars-CoV-2« beim Vertragsarzt.

### Schwammige Regelungen mit viel Auslegungsspielraum

Generell kritisieren die Erzieher aller Einrichtungsformen, dass die Umsetzung der Maßnahmen sehr problematisch sei, da es jeder Einrichtung überlassen bleibt, wie sie was konkret umsetzt.

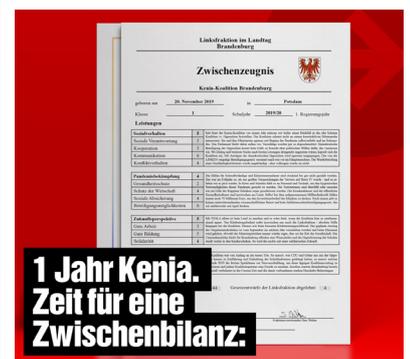
Fortsetzung auf Seite 5

### Leitartikel

## Die Beurteilung erfolgt von LINKS

Das ließ sich die ehemalige Regierungspartei nicht nehmen: Ein Zwischenzeugnis für ihre Nachfolger. Die Vorsitzenden der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter, nahmen das erste Regierungsjahr der Kenia-Koalition, bestehend aus SPD, CDU und Grünen, konstruktiv-kritisch unter die Lupe. Währenddessen die Kinder mit Kapuzenjacken im Klassenzimmer sitzen müssen, weil Bund und Land es verpennt haben, die nötigen LüftungsfILTERanlagen anzuschaffen, erhält die Brandenburger Landesregierung ihr Zwischenzeugnis schon etwas früher. Klar, jetzt könnte entgegnet werden: »Typisch LINKE! Wie immer oberlehrerhaft unterwegs«. Aber mal im Ernst, das darf sich DIE LINKE auch herausnehmen. Schließlich hat sie dafür gesorgt, dass das Land Brandenburg von 2009 bis 2019 in einer rot-roten Koalition sozial und solide regiert wurde. Sie stellte zehn Jahre den Finanzminister und sorgte dafür, dass sich die Haushaltssituation konsolidierte. Exklusiv: Die »Märkische Linke« hat die oppositionelle Beurteilung komplett veröffentlicht. **Sie finden das Zwischenzeugnis auf den Seiten 10 und 11.**

**Justin König**  
Leitender Redakteur



4

### KOMMUNALPOLITIK

Ein neuer Entwurf muss her  
Landrat zog nach Streit um die Kreisumlagenhöhe den Haushalt zurück

6

### OSTDEUTSCHLAND

Ihre Arbeit endet wohl im Dezember  
Marktführender Süßigkeitenproduzent will einziges Werk im Osten schließen

7

### AUSLANDSJOURNAL

Eine Analyse zu den US-Wahlen  
Wer hätte gedacht, dass Trump es noch einmal so spannend macht?

## Zum Wahlausgang

## Glückwunsch!

Ein wenig überraschend, aber dafür umso klarer. Nico Ruhle (SPD) konnte sich mit 56,7 % der abgegebenen Stimmen in der Stichwahl am 29.11.2020 gegen Amtsinhaber Jens-Peter Golde (Pro Ruppin) durchsetzen. Herzlichen Glückwunsch dazu von uns. Ganz sicher eine tolle Herausforderung für ihn, jetzt an der Rathaus Spitze für die Neuruppiner da zu sein und hauptberuflich Politik für unsere Stadt zu machen. Der Stadtverband und insbesondere unsere Stadtfraktion werden ihn dabei als linke und soziale Kraft kritisch, aber konstruktiv begleiten und unterstützen.

Wir bedanken uns aber auch bei Jens-Peter Golde, der in seiner Amtszeit als Bürgermeister wichtige Meilensteine für die Entwicklung unserer Stadt gesetzt hat, die auch überregional für Respekt und große Anerkennung sorgen.

Wir freuen uns jetzt auf die künftige Zusammenarbeit mit Nico Ruhle und der Stadtverwaltung unter seiner Führung. Herausforderungen und Themen, denen wir uns dabei gerne stellen, sind unter anderem:

- noch stärkere Partizipation der Bürger bei wesentlichen kommunalpolitischen Themen,
- Durchsetzung von Ökologie und Nachhaltigkeit bei kommunalen Planungs- und Bauprozessen,
- Schaffung von noch mehr bezahlbarem Wohnraum und Wohnbauflächen unter kommunaler Mitwirkung,
- Stärkung des Gesundheitsstandortes unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Neuruppiner,
- Erhalt und Ausbau der breiten Bildungslandschaft in Nrp.,
- Förderung von Bildungs- und Erziehungspartnerschaften zwischen Elternhaus, Kitas und Schulen,
- Erhalt und Umsetzung notwendiger Baumaßnahmen im Haus der Begegnung als Treffpunkt für unsere Senioren,
- Organisation einer kompetenten und partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit allen städtischen Ausschüssen und Beiräten.

**Der Stadtverband  
DIE LINKE. Neuruppin**

## Ja, der Kapitalismus schafft und festigt Armut!

**ERSCHRECKENDE ZAHLEN** Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat am 20. November 2020 seinen diesjährigen Armutsbericht vorgelegt. Die Armutsquote in Deutschland 2019 hat mit 15,9 Prozent den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung erreicht.

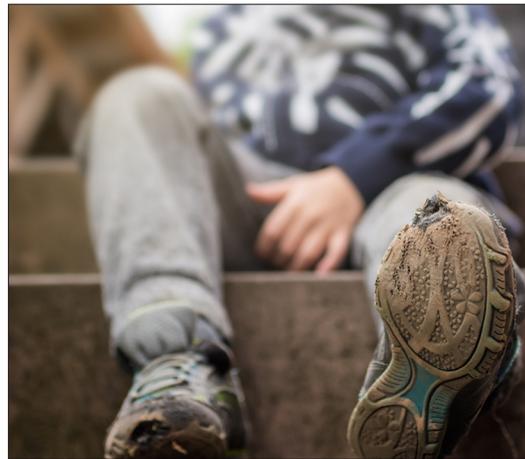
Der jährliche Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zeichnet insgesamt ein düsteres Bild. Aber er belegt auch, dass politisches Handeln wirken kann. Dazu erklärt die Co-Landesvorsitzende der Brandenburgischen Linkspartei, Katharina Slanina:

»Seit Jahren steigt die Armutsquote in der Bundesrepublik unaufhaltsam an. Der heute veröffentlichte Armutsbericht weist mit 15,9 Prozent erneut einen historischen Höchstwert aus. Gleichzeitig wachsen Gewinne und Vermögen – die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. Dieses Armutszeugnis ist vor allem eines für die Regulierungsfähigkeit des Marktes. Denn dieser sorgt eben nicht für sozialen Ausgleich – im Gegenteil! Gegen den Bundestrend ist die Armutsquote in Brandenburg seit 2009 von 16,8 Prozent auf 15,2 Prozent gesunken. Der Anteil der Empfänger\*innen von SGB II-Leistungen sank im selben Zeitraum sogar von 15,1 Prozent auf 8,8 Prozent und damit um mehr als ein Drittel.

**»Der freie Markt sorgt  
eben nicht für sozialen  
Ausgleich – im Gegenteil!«**

**Katharina Slanina**  
Co-Landesvorsitzende  
DIE LINKE. Brandenburg

In zehn Jahren LINKER Regierungsbeteiligung wurde gerade für die Ärmere in der Gesellschaft Einiges erreicht.



Offenbar kann Landespolitik also etwas bewirken, wenn sie soziale Gerechtigkeit zu einem Handlungsschwerpunkt macht.

Die Auswirkungen der Pandemie werden wir erst im kommenden Jahr wirklich zu spüren bekommen. Für DIE LINKE steht fest: Die Bewältigung der sozialen Folgen der Krise ist die wichtigste politische Aufgabe der nächsten Monate – auf allen Ebenen. Dabei muss insbesondere der Schutz der Menschen in den Blick genommen werden, deren Einkommen schon vor der Pandemie zu den niedrigen gehörten und die in den letzten Monaten durch massive Einkommensverluste getroffen wurden.« Die sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, Bettina Fortunato, ergänzt: »Es wird wieder einmal deutlich, dass Armut nicht alleine eine Folge von Arbeitslosigkeit ist: Zwei Drittel der Armen sind erwerbstätig (33 Prozent) oder in Rente (29,6 Prozent).«

Unsere Genossin **Anneliese Klann**,  
geb. am 18.09.1934, ist am 07.11.2020  
nach kurzer schwerer Krankheit verstorben.

Anne gehörte zu den Menschen der Generation, die schon als Kinder erlebten, was Krieg für die Menschen bedeutet. Filme wie der sowjetische Antikriegsfilm »Die Kraniche ziehen« haben sich ihr, wie anderen jungen Leuten in den 50er Jahren, tief eingeprägt. Dieser Film macht sehr deutlich, wofür es jetzt zu kämpfen gilt. Schon im Elternhaus wurde ihr nachdrücklich die Parole »Nie wieder Krieg« erklärt und die Betreiber des Völkermordes benannt. Dieser Weltanschauung blieb sie bis ins hohe Alter treu. Nicht nur im festen Glauben an die Richtigkeit der These, die in ihren jungen Jahren in der DDR gelehrt und verbreitet wurde, hielt sie fest. Sie stellte sich auch an die Seite derer, die aktiv für die Verwirklichung dieser Lehre eintraten. Sie wurde 1965 Mitglied der SED. Der Grundstein für ihre politische und gesellschaftliche Arbeit war ihre Tätigkeit als Pionierleiterin. Ob in dieser Funktion oder später als Mitarbeiterin in der SED-Kreisleitung Pritzwalk und Abteilungsleiterin Agit./Prop. in Wittstock, sie war unermüdlich für diese Sache tätig. Auch nach dem Ende der DDR verließ sie nicht das sinkende Schiff, sondern war in der PDS und bis zu ihrem Lebensende in der Partei DIE LINKE aktiv. In ihrem Wohngebiet tat sie stets ihre Meinung kund und stand damit fest auf ihrem Standpunkt, wofür sie auch geachtet wurde.

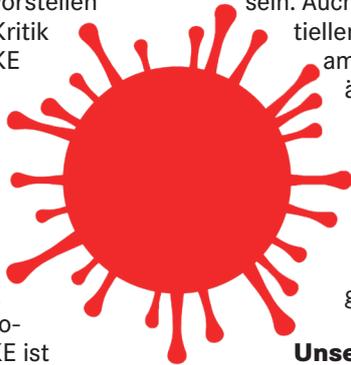
Wir behalten Anne in guter Erinnerung.

Kreisverband DIE LINKE. OPR  
Paul Schmuclach

RV Wittstock-Heiligengrabe  
Enrico Remter

## Pandemie stellt Gesellschaft und Politik auf eine harte Probe

Vor 15 Jahren hätte ich mir die Szenen, die sich am 18. November 2020 um den Bundestag herum abgespielt haben, nicht vorstellen können. Bei aller berechtigten Kritik im Einzelnen, die ja auch DIE LINKE sehr deutlich äußert, verstehe ich Pandemieeugnung oder -skeptis mit Blick auf die zugespitzte Situation in Ländern, in denen spät und/oder inkonsequent gehandelt wurde, nicht. Auch in unserer Nachbarschaft. Oder man blickt nach Asien als Beispiel, wie Pandemiebekämpfung funktionieren kann. Gerade für uns LINKE ist das demokratische Recht auf Protest ein hohes Gut. Egal, ob das Anliegen aus unserer Sicht berechtigt ist oder nicht. Aber mit gewaltbereiten Nazis und Hooligans für Demokratie demonstrieren – ernsthaft? Wenn während der Plenumsitzung die Nachricht kommt, dass, mit einer Ausnahme, alle Eingänge aus Sicherheitsgründen geschlossen werden müssen, wird es brenzlich. Die bewaffneten Sicherheitskräfte vor Zugängen zum Plenarsaal fallen einem fast nicht mehr auf. Sollten sie aber. Ja, historische Vergleiche sind immer schwierig, aber: Es riecht manchmal verdammt nach Weimar. Doch zur Sache. Es ging an dem Tag um die Schlussabstimmung zum »Dritten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite«. Leider wurde dieser Gesetzentwurf trotz breiter, teilweise sehr grundsätzlicher berechtigter Kritik im Hochgeschwindigkeitsverfahren bearbeitet. Das hat die Fraktion DIE LINKE im Bundestag kritisiert, aber auch aus inhaltlichen Gründen das Gesetz abgelehnt. Obwohl gerade wir endlich gesetzliche Grundlagen statt der bisherigen Generalklauseln



für das Regierungshandeln in der Pandemie gefordert haben. Aber es müssen die richtigen sein. Auch die im Verfahren erreichten partiellen Verbesserungen haben nichts am Gesamturteil »ungenügend« geändert. Es fehlt weiter eine stärkere Beteiligung der Parlamente sowie eine Definition und Beschränkung der erlaubten Eingriffe, insbesondere bei Grundrechten. Immerhin müssen nun die Länderverordnungen begründet und befristet werden.

### Unsere zentralen Forderungen sind:

1. Beteiligung des Bundestages und der Länderparlamente an allen wesentlichen zukünftigen Entscheidungen, wie z. B. der Impfstrategie.
2. Eine regelhafte und regelmäßige Beschäftigung des Bundestages mit den Verordnungen der Bundesregierung zur Umsetzung des Gesetzes.
3. Öffentliche Anhörungen der Fachausschüsse zu wesentlichen Fragen der Pandemiebekämpfung.
4. Verpflichtung der Bundesregierung, dem Bundestag eine längerfristige Strategie zur Pandemiebekämpfung zum Beschluss vorzulegen.

Darüber hinaus bleibt die Fraktion DIE LINKE im Bundestag bei ihrer massiven Kritik daran, dass die Pandemie-Maßnahmen die soziale Spaltung vertiefen und die Kosten nicht über eine Vermögensabgabe gerecht verteilt werden.

*Dr. Kirsten Tackmann  
Mitglied des Bundestages*

## Gesundheit ist keine Ware

In ihrer Klausur verständigten sich die Mitglieder der Landtagsfraktion der LINKEN zu einem Papier zur Situation in der brandenburgischen Krankenhauslandschaft. Dieses 15-seitige Papier wurde von Anja Mayer, Andreas Büttner und Ronny Kretschmer erarbeitet.

Neben der Analyse der vergangenen und gegenwärtigen Entwicklung enthält es auch einige grundlegende Vorschläge, wie die Krankenhauslandschaft in Brandenburg zukunftssicher gemacht werden kann.

Im Jahr 1989 gab es auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg 73 Krankenhäuser mit insgesamt 25.400 aufgestellten Betten. Das entsprach einem Versorgungsgrad von 960 Betten pro 100.000 Einwohner\*innen. Alle Krankenhäuser befanden sich in öffentlicher Hand.

Im Jahr 2020 sind 54 Krankenhäuser an 65 Standorten ausgewiesen. Die Bettenkapazität beträgt ca. 16.500 Betten. Der Versorgungsgrad wurde in etwa beibehalten.

Von den 65 Krankenhausstandorten des Landes Brandenburg befinden sich 31 in öffentlicher Hand, 15 in freigemeinnütziger Trägerschaft und 19 Krankenhausstandorte sind im privaten Eigentum.

Die große Privatisierungswelle im Krankenhausbereich in Brandenburg fand von 1998 bis 2013 statt. In diesen Zeitraum fielen die Einführung des DRG-Systems (Fallpauschalen) und strukturpolitische Entscheidungen des Landes Brandenburg. Die ehemaligen Landeskliniken Brandenburgs wurden bis zum Jahr 2006 größtenteils privatisiert. Zudem wurden an nahezu allen Standorten Ausgliederungen von Klinikbereichen, vor allem im Service, vorgenommen und eine große Tariffucht setzte ein. Extra dafür wurde eine Mitgliedschaft von kommunalen Krankenhäusern im Kommunalen Arbeitgeberverband ohne Tarifbindung geschaffen.

Corona hat mehrere Fehlentwicklungen in den Fokus gerückt. Das DRG-System ist untaug-

Fortsetzung auf Seite 5

### Kurzmeldungen



#### Gedenken an Novemberpogrome im Landkreis

Wie hier in Kyritz gedachten viele Menschen am 9. November den gewaltsamen Pogromen, welche in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 in ganz Deutschland stattfanden. Die Nazis organisierten in dieser Nacht gezielte Gewaltmaßnahmen gegen Juden. Diese Nacht stellt eine Vorstufe dar, die entscheidend zur Radikalisierung und zum späteren Holocaust beitrug. Der britische Historiker Richard Evans schätzt, dass bis zu 2000 Juden bei den Novemberpogromen ums Leben kamen.

#### Frauenhass tötet!

Gewalt gegen Frauen nimmt seit Jahren zu. Weit mehr als jeden zweiten Tag bezahlt eine Frau in Deutschland männliche Gewaltexzesse mit ihrem Leben. 2020 sind mind. 163 Frauen von Männern getötet worden, davon fünf in Brandenburg. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat mit »Femizide benennen, untersuchen und verhindern« ein Thema der feministischen Bewegung(en) aufgegriffen und es als erste Fraktion in Form eines Antrages in den Bundestag eingebracht. Das Hilfefon ist 365 Tage im Jahr rund um die Uhr kostenfrei unter 0800 116016 erreichbar. Kirsten Tackmann machte am 25. November, dem Tag gegen Gewalt an Frauen, auf das Problem aufmerksam (s. Foto).



## Neues aus dem Landkreis

## Ein Sitzplatz für jedes Kind

Als der Kämmerer des Landkreises, Herr Kröger, in der Novembersitzung des Wirtschaftsausschusses den überarbeiteten Finanzplan für das Haushaltsjahr 2021 erläuterte, ging er – für mich überraschend – ausführlich darauf ein, dass eine Verbesserung des Schülertransportes im Landkreis nicht finanzierbar wäre. Konkret nannte er die Forderung, dafür zu sorgen, dass es in den Schulbussen für jeden Schüler einen Sitzplatz geben sollte. Den Anlass für die Gegenargumentation hatte die Linksfraktion im Kreistag gegeben, speziell Kirsten Tackmann, die das Abstandsgebot unter Corona-Bedingungen angesprochen hatte.

Würde dieses Ziel verfolgt, so der Kämmerer, müssten 21 Busse zusätzlich fahren. Wenn so viele Busse zusätzlich benötigt werden, damit Plätze für alle da sind, bedeutet es im Umkehrschluss, dass die jetzt eingesetzten Schulbusse hoffnungslos überfüllt sind. Deshalb habe ich als sachkundiger Einwohner im Ausschuss nachgefragt, was sich eigentlich in unseren Schulbussen täglich abspielt und angeregt, die Verbesserung des Sitzplatzangebotes »nicht ganz aus den Augen zu verlieren«. Der stellvertretende Landrat, Herr Nüse, klärte mich etwas erregt auf, dass Stehplätze in Bussen zugelassen und völlig üblich sind. Schließlich würde auch in Berlin in S- und U-Bahnen während der Fahrt gestanden.

Zwar wünschte ich mir manchmal, wir hätten in unserem Personennahverkehr Berliner Verhältnisse, aber was das Sitzplatzangebot in Schulbussen anbelangt, geht es um etwas anderes. Neben dem Abstandsgebot, das hohe Personenkonzentration in abgeschlossenen Räumen eigentlich nicht zulässt, sehe ich auch noch den Sicherheitsaspekt bei einem eventuellen Unfall. Abgesehen davon frage ich mich, weshalb wir unseren Kindern nicht zubilligen, was Erwachsene selbstverständlich und überall in Anspruch nehmen – sich hinsetzen zu können!

Irritiert hat mich anschließend auch die Aussage des SPD-Vertreters im Ausschuss, der, bevor er zu seinem eigentlichem Anliegen kam, im Zusammenhang mit der Schülerbeförderung das »hohe Anspruchsdenken« kritisiert hat, das angesichts begrenzter Finanzen nicht angemessen wäre. Natürlich haben wir ein gewisses Anspruchsdenken, wenn es um Daseinsvorsorge und die Belastung und Sicherheit von Schulkindern geht, das lassen wir uns gerne vorwerfen.

Übrigens ist es beim Transport von Kindern in einem privaten PKW nicht nur gesetzlich vorgeschrieben, dass jedes Kind einen eigenen Sitzplatz hat, sondern auch, dass es vorschriftsmäßig angeschnallt ist. Weshalb sollte das in Bussen nicht notwendig sein. Wir werden da weiter dranbleiben.

**Hartmut Buschke, sachkundiger Einwohner**

## So viel Dreistigkeit ließen sich die Abgeordneten vom Landrat nicht bieten

### Einen Kompromiss wollte Landrat Reinhardt (SPD) nicht eingehen, weshalb er den Haushaltsentwurf für 2021 zurückzog



Investitionen sind nur dann gefährdet, wenn der Landrat sich einem Kompromiss verweigert. Die Linksfraktion besteht darauf, dass die Städte, Ämter und Gemeinden entlastet werden und zeigt sich offen für Gespräche.

In der Dezember-Sitzung des Kreistages entflammte erneut der Konflikt zwischen dem Landrat, Ralf Reinhardt (SPD), und der Mehrheit der Kreistagsabgeordneten. Grund war die Höhe der Kreisumlage, also der Prozentsatz, der bestimmt wie viel die Städte, Ämter und Gemeinden an den Kreis abführen müssen. Trotz Auftrag an den Kreiskämmerer, Arne Kröger, der prüfen sollte, inwiefern eine Senkung der Kreisumlage möglich wäre, wurde im Haushaltentwurf 2021 erneut 41% festgesetzt. Wenn die Kreisumlage bei dem Satz bliebe, würden die Städte, Ämter und Gemeinden im nächsten Jahr insgesamt sogar 51,2 Millionen Euro an den Kreis überweisen, rechnete Holger Kippenhahn vor. »Das ist eine rasante Steigerung.« Kippenhahn erhielt als Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Städte, Ämter und Gemeinden in OPR, das Rederecht.

#### Landrat war bei Kreisumlage nicht kompromissfähig

Im Vorfeld der Sitzung erhoben die Städte, Ämter und Gemeinden zurecht ihre Einwände. Es sind die Kommunen, die mit den Pandemie-Auswirkungen am stärksten zu kämpfen haben. In den Folgejahren werden Gewerbesteuererinnahmen wegbrechen, weshalb nun der Zeitpunkt gekommen ist, die Städte, Ämter und Gemeinden zu entlasten! All das scheint aber den Landrat nicht zu interessieren. Ein Dialog in der „kommunalen Familie“ fand nicht statt. Der Landrat war nicht bereit, sich einen Millimeter zu bewegen.

Die Mehrheit der Kreistagsabge-

ordneten sah das glücklicherweise anders als der SPD-Landrat, sie stimmten den Einwänden der Kommunen zu. Jedoch war sich das Kreistagspräsidium unschlüssig, ob das tatsächlich die Mehrheit gewesen sei, und kündigte daher an, die Abstimmung zu wiederholen. Landrat Reinhardt kommentierte das mit den lautstarken Worten, dass er den Haushalt zurückziehen werde, wenn der Kreistag in der wiederholten Abstimmung den Einwänden der Kommunen tatsächlich zustimmt. Viele Abgeordnete, darunter die Fraktion DIE LINKE, verstanden das als einen Erpressungsversuch. Jedoch änderte auch dieser nicht das Ergebnis der Wiederholung. Reinhardt machte daraufhin seine Drohung wahr, und zog den Haushalt zurück.

#### Haushaltsverhandlungen stehen nun bevor

Es gilt nun, einen Umlageprozentsatz zu finden, der weder die nachhaltigen Investitionen im Interesse der gesamten kommunalen Familie, noch die Finanzierung der freiwilligen Leistungen gefährdet. Politik, gerade auch die Kommunalpolitik, ist die schwere Suche nach Kompromissen. Dazu ist der Landrat nunmehr aufgefordert, um den „neuen“ Haushaltsentwurf schnellstmöglich vorzulegen. DIE LINKE wird sich etwaigen dafür notwendigen Sondersitzungen nicht verweigern. Wir sind gesprächsbereit und die Bürgermeister\*innen und Amtsdirektoren sicherlich auch.

**Justin König, Kreistagsabgeordneter**

## Eine vergessene Berufsgruppe

Fortsetzung von Seite 1

So hat das Land beispielsweise festgelegt, dass in kleineren Kitas alle Kinder in einer Gruppe zusammengefasst werden können, ohne zu definieren, was eine kleine Kita ist. Ist das eine Einrichtung mit 10 oder mit 50 Kindern? Somit bleibt es den Trägern überlassen, wie sie die Gruppenstärke gestalten. Wenn alle angemeldeten Kinder die Einrichtung besuchen, ist eine Verkleinerung der Gruppen wegen Personal- und Raumangel gar nicht möglich.

Die Träger der Einrichtungen können im Bedarfsfall beispielsweise Horterzieher in einer Kita einsetzen, ohne dass Testungen erfolgen. Somit besteht die Gefahr, dass Viren von einer Einrichtung in die andere übertragen werden.

Dass Erzieher keine Ärzte sind, ist wohl klar. Trotzdem müssen sie entscheiden, ob ein Kind mit Erkältungssymptomen die Einrichtung betreten darf oder nicht. Wenn hier eine ablehnende Entscheidung fällt, kann sich jeder vorstellen, wie aggressiv dabei manche Eltern reagieren.

Obwohl es die Festlegung des Landes gibt, dass Kinder in möglichst kleinen Gruppen, die nicht verändert werden sollten, zu betreuen sind, ist das in der Praxis oft einfach nicht möglich. Es fehlt an Räumen und Personal. Deshalb kann der Träger die Landesverordnung »aufweichen«, indem er zu bestimmten Zeiten die Gruppen mischt, um alle Kinder betreuen zu können. Durch all diese schwammigen Regelungen und Auslegungen steigt die Infektionsgefahr für Kinder und Erzieher enorm.

Die Verantwortung für die Umsetzung der Aufweichungen wird jedoch den jeweiligen Kita- bzw. Hortleitern vom Träger übertragen. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

### Zusammenarbeit mit den Eltern

Leider bestehen auch hier keine einheitlichen Regelungen. Während in manchen Horten oder Kitas die Eltern ihre Kinder am Eingang, ohne Kontakt zu den Erziehern, abgeben, gibt es andere Einrichtungen, wo die Eltern die Einrichtung (zum Teil ohne Maske) betreten und ihre Kinder umziehen, ehe diese den Gruppenraum betreten. Horterzieher berichten, dass Eltern oft sehr unvernünftig reagieren, wenn ihnen der Zugang zum Hort verwehrt wird. Sie berufen sich auf ihre Kita-Erfahrung, wo sie ihr Kind bis zum Gruppenraum bringen durften. Hier ist der Landkreis in der Pflicht und muss eine einheitliche Regelung schaffen. Genauso muss geklärt werden, dass Eltern, die in Heimarbeit oder wegen einer Erkrankung zeitweise nicht arbeiten können, ihre Kinder nur verkürzt in die Einrichtung bringen. Diese Eltern berufen sich jedoch auf den Vertrag mit dem Träger und sehen nicht ein, dass die gegenwärtige Situation auch außergewöhnliche Maßnahmen erfordert.

### Kita und Horte brauchen angemessene Unterstützung

Immer wieder brachten die Gesprächsteilnehmer zum Ausdruck, dass sie sich im Wesentlichen allein gelassen fühlen. Die Leiter der jeweiligen Einrichtung müssen immer wieder neue Richtlinien erlassen, Mitteilungen an die Eltern herausgeben usw. Auch hier wäre der Landkreis in der Pflicht, allgemein verbindliche Informationen für die Eltern zu erlassen und zu verbreiten. Da sich die Erzieher nun auch noch um zusätzliche Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen kümmern müssen, bleibt für die pädagogische Arbeit nur noch

wenig Zeit. Aber gerade die pädagogische Arbeit ist für die Entwicklung unserer Kinder enorm wichtig. Die vorgeschriebenen Raumlüftungen werden meist durchgeführt. Jedoch haben manche Erzieher die Sorge, wenn sich in ihrer Gruppe Kinder mit Erkältungssymptomen befinden, dass diese wegen der Durchzugsluft erkranken.

*Achim Müller*

### Linke Schlussfolgerungen

DIE LINKE sollte sich dafür einsetzen, dass in der Corona-Pandemie in den Kitas Bedingungen geschaffen werden, die dem Personal und den betreuten Kindern ein Mindestmaß an Sicherheit bieten. Anstatt Möglichkeiten für die Betreuung mit weniger Personal, sollte die Forderung der Linkspartei eine deutliche Erhöhung des Personaleinsatzes sein, notfalls auch durch andere Berufsgruppen, deren Existenz derzeit gefährdet ist. Anstatt die Teststrategie für Erzieher herunterzufahren, sollte DIE LINKE die Beibehaltung der Strategie mit verbesserten Bedingungen für die Teilnahmemöglichkeiten des Kita-Personals fordern. Die Überlegungen für Verbesserung der räumlichen Bedingungen zur Einhaltung der Abstände muss über zusätzliche Schulbusse und Teilungsunterricht hinausgehen, heißt, auch in der Kita müssen zusätzliche Räume geschaffen werden. DIE LINKE sollte sich dafür einsetzen, die Krisenzeit dafür zu nutzen, dass diese Bedingungen, die bereits vor der Krise notwendig waren, auch nach der Krise ohne Pandemie zur Verfügung stehen. Dieser Weg ist nicht nur ein Weg, um die Infektion einzudämmen, er ist auch eine Investition in die Zukunft.

*Ines Nowack*

## Gesundheit ist keine Ware

Fortsetzung von Seite 3

lich, eine bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung zu sichern und schafft mit seinen Fehlansätzen große Probleme. Deshalb wird die Abschaffung des DRG-Systems und die (Wieder)Einführung eines Selbstkostendeckungsprinzips, bei dem die anfallenden notwendigen Kosten vollständig finanziert werden, gefordert. Ebenfalls wird die Erhöhung der Investitionen des Landes Brandenburg in die Infrastruktur der Krankenhäuser gefordert. Der jährliche Bedarf liegt bei rund 200 Millionen. Im Haushaltsentwurf der Kenia-Koalition sind gerade einmal 110 Millionen vorgesehen.

Kritisiert wird die starre Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung. Hier muss endlich nachgesteuert werden und eine für den Patienten vorteilhafte Überwindung der Trennung vollzogen werden.

Langfristig wird von den Autor\*innen des Papiers die Gründung einer landeseigenen

Krankenhausgesellschaft angeregt. Spätestens mit dem Aufbau der Uniklinik in Cottbus entsteht wieder ein Krankenhaus in Trägerschaft des Landes. Doch auch schon jetzt sollte sich das Land an Kliniken beteiligen, um weitere Privatisierungen zu verhindern und stärker steuernd in die medizinische Versorgung einzugreifen.

Die wirtschaftliche Not der brandenburgischen Kliniken ist durch Corona nicht gesunken, eher gewachsen. Die Bezahlung der Mitarbeiter\*innen lässt vielerorts noch zu wünschen übrig.

In einer Videokonferenz am 07. November wurde das Papier vorgestellt und von mehr als 40 Genoss\*innen des Landesverbandes diskutiert. Ziel ist es, weiter daran zu arbeiten, um eine strategische Richtschnur für die anstehenden harten Diskussionen zur Zukunft der brandenburgischen Krankenhauslandschaft zu entwickeln.

*Ronny Kretschmer,  
Mitglied des Landtages*

### Kurzmeldungen



#### Hubertuslauf 2020

Dass Politik keinen Spaß machen könne, kann nun keiner mehr behaupten! Vielen Dank an den Kreissportbund OPR e.V., der zeigte, was trotz Pandemie mit einem sehr guten Sicherheitskonzept ermöglicht werden kann.

## LINKE kämpft um den Erhalt der ostdeutschen Arbeitsplätze

**STANDORTSCHLIESSUNG** Das Haribo-Werk im sächsischen Wilkau-Haßlau soll trotz lukrativer Wirtschaftsführung schließen

Am 13. Dezember gibt es bei Haribo Grund zu feiern. Dann ist es genau 100 Jahre her, dass der Bonbonkocher Hans Riegel in Bonn in einer Hinterhofküche Süßigkeiten herzustellen begann. Der Konzern, der daraus hervorging und heute Marktführer bei Gummibärchen und Lakritzschnecken ist, hat anlässlich des Jubiläums seinen bekannten Werbeslogan abgeändert: »Haribo macht alle froh, seit 100 Jahren ist das so«, steht auf »Aktionsbeuteln« mit den acht beliebtesten Produkten der Firmengeschichte.

Allerdings stimmt der Slogan nicht. 150 Mitarbeiter der Haribo Wesa GmbH im sächsischen Wilkau-Haßlau sind nicht froh, sondern wütend. Ihnen wurde am vorvergangenen Freitag bei einem nur wenige Minuten währenden Termin von der Unternehmensführung mitgeteilt, dass ihr Werk geschlossen wird - und zwar bereits zum Jahresende. Den Ausschlag habe eine interne Wirtschaftlichkeitsprüfung gegeben, heißt es. Das Werk in Westsachsen erfülle nicht mehr die Anforderungen an eine wirtschaftliche und effiziente Produktion. Es wären »unverhältnismäßig hohe Investitionen« nötig, um das in der sächsischen Filiale zu erreichen. Den betroffenen Mitarbeitern wurden Jobs in anderen Werken des Konzerns angeboten. Diese liegen rund 500 Kilometer entfernt in Solingen, Neuss und bei Bonn.

Wilkau-Haßlau ist dagegen der einzige Produktionsstandort von Haribo im Osten. In dem Betrieb, der aus einer Konditorei hervorging und später zum Süßwarenkombinat Halle gehörte, wurden bereits seit den 1960er Jahren Gummibärchen & Co. auch für Haribo hergestellt. Im Jahr 1990 übernahm der Konzern den Betrieb. Dieser habe zuletzt Gewinne in Millionenhöhe erwirtschaftet, sagt Sabine Zimmermann, DGB-Kreischefin und Abgeordnete der Linken im Bundestag. Ermöglicht worden seien die Überschüsse nicht zuletzt durch vergleichsweise niedrige Löhne der Beschäftigten. Die Gewinne seien wegen eines entsprechenden Vertrages an die Konzernzentrale abgeführt worden. Dies und die jetzigen Pläne zur Abwicklung seien »eine Sauerei«, schimpft die Politikerin.

Haribo investierte zuletzt viel Geld in eine neue Zentrale, die auf 27 Hektar in dem Ort Graftschaff (Rheinland-Pfalz) errichtet wurde. 2018 nahm man dort hochmoderne Produktionsanlagen auf drei Etagen, ein Logistikzentrum und ein neues Verwaltungsgebäude in Betrieb. Am sächsischen Standort wurde nur ein wenig

Geld in den Werksverkauf und einen Parkplatz gesteckt. Das hätte man lieber für die Modernisierung der Produktion ausgeben sollen, sagt Stefan Feustel, CDU-Bürgermeister von Wilkau-Haßlau. Die Stadt, merkt er an, habe Haribo bereits 2008 Grundstücke für eine mögliche Erweiterung angeboten. Die Offerte sei nach einigem Zögern ausgeschlagen worden, weil man in Graftschaff fündig geworden sei. »Niemand hätte vermutet, dass die einzige Produktionsstätte im Osten dort hin ausgelagert werden soll«, sagt der Rathauschef der 10 000 Einwohner zählenden Kommune, die ein Weggang von Haribo hart trafe: Die Firma ist einer der größten Gewerbesteuerzahler.

*»Der einzige Haribo-Produktionsstandort im Osten darf nicht einfach so abgewickelt werden! Wir stehen fest an der Seite der Kolleginnen und Kollegen bei Haribo in Wilkau-Haßlau und ihrer Gewerkschaft NGG im Kampf um die Arbeitsplätze.«*

**Sabine Zimmermann**  
Arbeitsmarktpolitische Sprecherin  
der Linksfraktion im Bundestag

Die Stadt will den Verlust nicht kampflos hinnehmen; sie fordert Haribo auf, die Entscheidung zu revidieren. Auch die Beschäftigten kündigten Widerstand an. Man werde »nichts unversucht lassen«, um den

Standort zu retten, sagt Thomas Lißke von der zuständigen Gewerkschaft NGG. Vergangene Woche wurde ein Bündnis gebildet, an dem auch Vertreter der Kommune sowie Politiker von Land und Bund beteiligt sind. Am Samstag soll es eine Protestkundgebung in Zwickau geben; im Advent ist eine Lichterkette rund um das Werk geplant. Lißke hält den Schließungstermin Ende Dezember für illusorisch, weil Sozialplan und Interessensausgleich in dieser Zeit nicht zu erarbeiten seien. Vorrangiges Ziel sei jedoch, das Werk zu erhalten.

Rückhalt kommt auch von der Landes-



politik, die dabei eher auf Zuckerbrot als Peitsche setzt. In einem Brief an die Geschäftsführung von Haribo schreibt Martin Dulig, Wirtschaftsminister des Freistaats, dieser verfüge »über Möglichkeiten, bei den Themen Innovation und Investitionen zu unterstützen«. Er sei »überzeugt, dass sich ein Weg finden lässt, die Produktionsstrukturen hier vor Ort zu modernisieren«. Zugleich mahnte der SPD-Politiker zu innerdeutscher Solidarität. 30 Jahre nach der Vereinigung trafe man in »westdeutschen Zentralen wieder vermehrt Entscheidungen zuungunsten des Ostens«, erklärte Dulig. Er vermisse »Anerkennung« für Standorte im Osten, die mit ihrem Engagement und Produktivität »zum Erfolg der westdeutschen Konzerne beitragen«.

ND-Artikel von Hendrik  
Lasch vom 16.11.2020

### Petition unterschreiben!

Haribo bleibt dabei: Das Werk in Wilkau-Haßlau wird zum Jahresende geschlossen. »An dem Plan hat sich nichts geändert«, erklärte ein Unternehmenssprecher. Ziel sei es, mit dem Betriebsrat sozialverträgliche Lösungen für die Belegschaft zu finden. Zudem gebe es Gespräche, um die Stadt bei der künftigen Nutzung des Betriebsgeländes zu unterstützen.

Thomas Lißner von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten sagte, bei Gesprächen zu einem Sozialplan für die rund 150 Beschäftigten sei noch keine Einigung in Sicht. »Wir liegen aktuell noch Welten auseinander.« Die Gewerkschaft fordert unter anderem eine Transfergesellschaft für die Beschäftigten und deutlich höhere Abfindungen.

Helfen Sie dabei, den Druck auf die Geschäftsführung zu erhöhen und unterschreiben Sie die nachfolgende Petition: <https://www.openpetition.de/petition/online/rettet-haribo-in-wilkau-hasslau>

## Das war alles, aber kein Sieg der Demokratischen Partei

**US-WAHLEN** Allen Umfragen und etablierten Meinungen zum Trotz: Donald Trump hat es noch einmal hochspannend gemacht. Beinahe wäre es ihm geglückt, weitere vier Jahre im Oval Office zu sitzen. Eine kritische Analyse über den Wahlausgang

Die ganze Wahlnacht war vom bitteren Beigeschmack des Jahres 2016 gekennzeichnet. Damals gelang es den Demokraten nicht, ihre ehemaligen Hochburgen im Rust Belt zu verteidigen. Auch bei diesem »Election Day« sah es lange so aus, als hätte Trump die wahlentscheidenden Bundesstaaten Michigan, Ohio und Pennsylvania gewonnen, die er 2016 Hillary Clinton und den Demokraten streitig machen konnte. Um es vorweg zu nehmen, wir sind alle erleichtert, dass diesem Mann sämtliche politische Verantwortung entzogen wurde. Jedoch steht die Frage im Raum, wie die Demokraten es ausgerechnet im Pandemiejahr 2020 zulassen konnten, dass eben jener Präsident, der im internationalen Vergleich die denkbar schlechteste Corona-Bilanz vorzuweisen hat, seine Anhänger noch einmal derart stark begeistern konnte, so dass die ganze Welt in den Tagen des Auszählen den Atem anhielt oder teils in Schockstarre verfiel.

### Corona zeigt die Schwachstellen des kapitalistischen Systems

Die Pandemie wirkte wie ein Katalysator, der die Schwachstellen des westlichen Wirtschafts- und Gesundheitssystems in kürzester Zeit sichtbar machte. Die demokratische Partei hat es nicht vermocht, dem umfassende, alternative Antworten entgegenzustellen. Ein Fehler, den sie sich eingestehen müssen.

Die alte und traditionsreiche Industrieregion südlich der großen nordamerikanischen Seen kämpft seit Jahrzehnten mit dem wirtschaftlichen Niedergang. Insbesondere hier manifestiert sich eine tiefe politische Ohnmacht, die weit darüber hinaus im ganzen föderalen Staatenverbund zu spüren ist. In dieser Region potenzieren sich die strukturellen Disparitäten des Landes spürbar stark. Arbeitslosigkeit, Kriminalität und städtischer sowie provinzieller Verfall sind hier keine Aneinanderkettung sinnverwandter Worte, sondern bittere kapitalistische Realität. Die sozialen Auswirkungen bestimmen den Lebensalltag der dort lebenden US-Amerikaner. Daher ist es auch legitim und richtig zu fragen, warum sich derart viele Menschen in den Vereinigten Staaten für vier weitere Jahre Donald Trump ausgesprochen haben. Es ist höchste Zeit, dass die Parteispitze der Demokraten sich ebenfalls dieser Frage stellt und ihre Konsequenzen daraus zieht. Auf diesem knappen Wahlsieg darf sich nicht ausgeruht werden. Das Democratic National Committee muss endlich verstehen, dass die systembedingten Ungleichheiten – welche durch



Er war wohl das stärkste Argument, für Joe Biden zu stimmen: Donald Trump

eine ungebändigte Globalisierung noch befördert werden – an der Wurzel angepackt werden müssen. Es ist doch ebenso sinnfrei, eine Kariesstelle immer wieder aufzu bohren und anschließend mit einer Füllung zu versiegeln, wenn die Wurzel das eigentliche Problem darstellt. Sie müssen sich eingestehen, dass mit ihrer Schönwetterpolitik längst noch keinem Menschen geholfen ist, der sich für unbestimmte Zeit, möglicherweise den Rest seines Lebens, in einer sozialen Schieflage befindet. Die systemimmanente Politik der Demokraten muss ad acta gelegt werden.

### Demokratische Partei muss sich linker aufstellen

Eine progressive Politik, welche sich ernsthaft um eine soziale Absicherung bemüht, würde echte Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Würde schaffen. Es wäre der Gegenentwurf zum republikanischen Ausgrenzungsnarrativ. Gute Arbeit, sichere Renten, eine Gesundheitsversorgung, die für alle ohne Unterschiede entgeltlos zugänglich ist – kurz: eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt all ihrer Bemühungen und Zielsetzungen stellt – wäre das wirksamste Mittel, um den national-konservativen Kräften, den politischen Nährboden endgültig abzu jagen. Diese Polarisierung hätte nicht nur der demokratischen Wählermobilisierung gutgetan, sondern wäre auch ein dringend notwendiger Beitrag zur Pazifikation der ethnischen und sozialen Konflikte. Nur wurde dieser politische Reformansatz mit Kalkül bereits in den demokratischen Vorwahlkämpfen 2016 und 2020 verhindert. Joe Biden ist kein Linker wie Bernie Sanders. Das muss er auch nicht sein. Jedoch sollte er die

Menschen mit seiner Politik begeistern können, und das ist sein größter Schwachpunkt. Eine liberale Politik der Mitte sollte Trump herausfordern, dem es mit einer deutlichen und harten Sprache gelingt, das umkämpfte, wechselwählerhafte Prekariat zu emotionalisieren, und gleichzeitig zu mobilisieren. Eine Anti-Trump-Strategie, die beinahe scheiterte. Schließlich lagen Bidens tatsächliche Ergebnisse um Meilen hinter seinen Umfragewerten.

### Scheitert Biden, scheitert die US-Demokratie

Auch die Kongresswahlen verliefen nicht so, wie es sich die Demokraten erhofft und Demoskop prognostiziert haben. Es scheint zur Mobilisierung eben nicht ausreichend zu sein, in jeder Rede beziehungsweise politischen Botschaft darauf zu verweisen, dass sich zwar die Amtsführung unverkennbar moderater und stilvoller gestalten würde, jedoch keine gravierenden sozialen Umgestaltungen zu erwarten seien. Sofern die Demokraten keine wirkliche personelle und inhaltliche Alternative präsentieren, haben sie es denkbar schwer, gegen die republikanischen Ressentiments 2024 zu bestehen. Es reicht nicht aus, in einem Pool von zwei Auswahlmöglichkeiten das berüchtigte »lesser evil« zu sein, und zu hoffen, dies sei ausreichend, um das Vertrauen der Menschen zurück zu gewinnen. Um der Spaltung des Landes gerecht zu werden, müssen die Demokraten zu einem Wertekanon zurückfinden, dessen Sinn darin besteht, dass Politik im Kern nur einem dienen darf, dem Menschen. Die Devise muss heißen: »Für die Main Street, nicht die Wall Street.«

Justin König

# Der Zusammenhang von ökonomischem Wirtschaftswachstum und ökologischer Destabilisierung im Kapitalismus

## Die WMO meldet CO<sub>2</sub>-Treibhausgasrekord

Nach Angaben der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) ist die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre in den letzten zwölf Monaten auf einen Höchststand gestiegen, trotz der weltweiten Beschränkungen wegen der Corona-Pandemie. Wie konnte das passieren? Haben wir nicht noch vor sieben Monaten erfreut festgestellt, dass sich die Natur



**Ines Nowack meint:**

schneller erholt als geglaubt, dass uns jetzt noch deutlicher bewusst wird, wie wichtig Klimaschutz für die gesamte Menschheit und für unsere Erde ist und dass wir auch nach dem (ersten) Lockdown die Zeichen der Zeit richtig deuten und umsetzen wollen und müssen.

»Wir haben jetzt die Gelegenheit, unser gesamtes Wirtschaftsmodell kritisch zu überprüfen. [...] Deshalb sollten wir bei der Wiederbelebung unserer Wirtschaftssysteme besonderes Gewicht auf deren soziale und ökologische Nachhaltigkeit legen«, forderte Wolfgang Schäuble im Juli in der FAZ. Schäuble spricht aus, was die kapitalistischen Eliten jenseits des autoritären Lagers mehrheitlich anstreben – eine Transformation, die sich an Nachhaltigkeitszielen orientiert, aber in marktwirtschaftlichen Bahnen verläuft, denn das wichtigste Mittel für das Überwinden ökonomischer Krisen in marktwirtschaftlich-kapitalistischen Gesellschaften ist das Erzeugen von Wirtschaftswachstum. Bleibt Wachstum aus, nehmen Arbeitslosigkeit, Armut und so-

ziale Ungleichheit zu. Kommt es dagegen zu Wachstum, steigen derzeit Ressourcen- und Energieverbrauch und klimaschädliche Emissionen und damit wachsen ökologische Großgefahren.

Klaus Dörre, Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena diagnostiziert eine »ökonomisch-ökologische Zangenkrise« der kapitalistischen Gesellschaft: »Ökonomisches Wachstum war immer die Voraussetzung für die Pazifizierung des industriellen Klassenkonflikts, wie das Habermas genannt hat, und es ist immer unterstellt worden, dass das so weitergeht.« Inzwischen aber habe das Wachstum auf Basis fossiler Energien einen Schwellenwert erreicht, der das Ökosystem unumkehrbar destabilisiere, was sich inzwischen auch in den wohlhabenden Ländern bemerkbar mache. Ressourcenintensives Wachstum – das wichtigste Mittel, um Wirtschaftskrisen und gesellschaftliche Spaltungen im Kapitalismus zu überwinden – treibe zugleich die Zerstörung der Umwelt und unserer Lebensgrundlagen voran. Das Bemühen um wirtschaftliche Stabilität münde so in ökologische und soziale Destabilisierung. Damit stünde die kapitalistische Gesellschaft vor einem Dilemma, das sich nur durch eine »dramatische Veränderung ihrer Produktionssysteme und ihrer Lebensweisen« lösen lasse, meint Dörre.

## Wachstumsdynamik als Krisentreiber

Angesichts der gegenwärtigen ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen zeichnet sich also ab, dass das bis dato wichtigste Mittel zur Überwindung ökonomischer Krisen – die Generierung von Wirtschaftswachstum – mehr und mehr sowohl in ökologische Zerstörung als auch in sozial

destruktives Wachstum umschlägt, was bedeutet, dass die Wachstumsdynamik moderner Gesellschaften nicht mehr stabilisierend wirkt, sondern selbst zum Krisentreiber geworden ist. Tatsächlich schreien Klima-Erhitzung, ökonomische Rezession und wachsende Ungleichheit nach radikaler Gesellschaftsveränderung!

In jährlich stattfindenden Weltklimakonferenzen werden Versuche unternommen, völkerrechtlich verbindliche Klimaschutzregeln aufzustellen. Auf der 3. Klimakonferenz 1997 in Kyoto wurden erstmals rechtlich verbindliche Ziele für Emissionsobergrenzen für Industrieländer festgelegt. In der deutschen Delegation war mit dabei: Die damalige Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel. 1998 war das Klimaziel 25% CO<sub>2</sub>-Einsparung, Merkels Vorschlag war dazu eine freiwillige Beschränkung der Automobilbranche von 140g/km für Neuwagen. Das Kyoto-Protokoll tritt nach mehrjährigen Verhandlungen und Aussetzungen 2005 in Kraft. Dort werden neue Grenzwerte für Treibhausgasemissionen festgelegt. Die USA akzeptieren das Ergebnis zwar, ratifizieren es jedoch nicht. Ziel ist eine umweltfreundliche Wirtschaft, tatsächlich steigen die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland weiter an. Die Finanzkrise 2008 trug dazu bei, die deutsche Wirtschaft musste sich erholen, kurzfristige Renditen einzufahren und in der Automobilbranche wurde der Innovationsrückstand gegenüber China, Japan und den USA aufgeholt. Der Emissionshandel in Form von Zertifikaten für die Industrie wurde in Deutschland eingeführt. Die Industrie bekam staatliche Unterstützung und konnte investieren, die Verbraucher auch, z.B. in Form der Abwrackprämie.

## Umweltfreundliche Industrie?

Der Klimagipfel 2009 in Kopenhagen scheiterte katastrophal mangels Einigkeit. 2012

wurde in Doha das Kyoto-Abkommen bis 2020 verlängert und eine Überprüfung der CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele vereinbart. 2015 wurde in Paris als Nachfolgetratt für Kyoto ein neues Abkommen mit verbindlichen eigenen Klimazielen für alle 195 Mitgliedsstaaten der UN-Klimarahmenkonvention vereinbart. Beschlossen wurde, dass die Erderwärmung auf maximal 20% im Vergleich zum vorindustriellen Niveau begrenzt werde. Auch wurden Finanzzusagen gemacht. Was ist davon inzwischen umgesetzt? Ausstieg aus der Atomenergie? Kohleenergie? Grenzwerte im Automobilsektor?

Deutschland hat seine Klimaziele immer erreicht, aber wie? Beispiele: Ab 2012 wurden zehn Kohlekraftwerke in Deutschland außer Betrieb genommen, zuletzt 2020 Datteln4. Jedoch spielt die Fichtner-Gruppe bei der Planung und dem Bau des Kohlekraftwerkes Rampal in Bangladesch, nahe den größten Mangrovenwäldern der Welt, einem zerbrechlichen Ökosystem, eine wesentliche Rolle. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau finanziert und unterstützt Firmen in aller Welt durch Bürgschaften, während Deutschland scheinbar immer sauberer wird.

## 2020 sollte das Schlüsseljahr werden

Wichtige Entscheidungen im internationalen Klimaschutz wurden verschoben. 2020 wird das Pariser Abkommen von 2015 wirksam. Der bedeutende Schritt sollte die Überprüfung der nationalen Klimaschutzziele sein und auch möglichst eine Erhöhung. 2020 sollte ein entscheidendes Jahr für den Abbau der Treibhausgase werden – wieder einmal. Ergebnis: Auf Grund der Coronapandemie auf November 2021 verschoben – wieder einmal.

Lesen Sie in der nächsten Ausgabe: »Wie die ökonomisch-ökologische Zangenkrise die Demokratie in Europa beeinflusst und welche Aufgaben sich daraus für die linke Bewegung ergeben.«

**»Grüner wird's nicht«**

## Rücksichtslos und triumphierend

Als am 08. November zehntausende Corona-Leugner in der Leipziger Innenstadt demonstrierten, wurden weder Abstand noch Maskenpflicht beachtet. Zwar hatte die Leipziger Stadtverwaltung diese Demo in der Innenstadt verboten, das sächsische Oberverwaltungsgericht (OVG) dieses Verbot jedoch aufgehoben. So kam es dazu, dass sich auf dem Augustusplatz gut 20.000 Menschen aus ganz Deutschland versammeln konnten und – zuerst noch friedlich – gegen die Corona-Politik demonstrierten.

### Verschwörungserzähler, Esoteriker, Rechtsextremisten

Unter die tanzenden und singenden Verschwörungserzählern hatten sich immer mehr Neonazis und Hooligans gemischt. Nach der Auflösung der Demo wollten die Teilnehmer über den Leipziger Innenstadtring ziehen (Der Leipziger Ring ist die Route der Montagsdemos von 1989). Dabei kam es zu massiven Ausschreitungen gegen die Polizei, die dem nichts entgegensetzen konnte. Auch Journalisten wurden von Demonstranten angegriffen. Die Journalistengewerkschaft spricht von 32 Attacken auf Reporter, die unter den Augen der Polizei geschahen.

Als gäbe es keine Pandemie, liefen Seite an Seite zehntausende Menschen über den Ring, tanzten Polonaise und sangen »oh, wie ist das schön«.

### Polizei und Ordnungsamt überfordert

Leipzigs Stadtverwaltung sagte, dass durch das Urteil des OVG die Stadt vor Entscheidungen gestellt worden sei, »die nur sehr, sehr schwer« umzusetzen waren. Zudem habe die sächsische Landesregierung die Busreisen und Hotelübernachtungen der Demonstranten ermöglicht.

Die Polizei hätte nur mit massiver Gewalt die Demonstranten an ihren Ausschreitungen hindern können, sagte ein Polizeisprecher. Das habe man aber verhindern wollen. Trotzdem kam es zu Schlägereien, wurden Rauchtöpfe gezündet und Raketen flogen in Richtung Poli-

zei. Aber die Polizei sah dem tatenlos zu. Frei nach der Devise von Leipzigs Polizeipräsident Schultze: »Man bekämpft die Pandemie nicht mit polizeilichen Mitteln, sondern mit der Vernunft der Menschen«.

Da fragt sich der Normalbürger, welche Vernunft Schultze hier bei den Corona-Leugnern, Rechtsextremisten, Esoterikern, Hooligans und anderen Verschwörungserzählern sieht. Offensichtlich ist er auf dem rechten Auge blind!

### Sächsische LINKE, SPD und Grüne fordern Aufklärung

Spätestens dann, als selbst Sachsens Innenminister einschätzte, dass es unverantwortlich gewesen sei, die »größte Corona-Party« in Leipzigs Innenstadt zuzulassen, ist der Innenausschuss des Freistaates gefragt.

Der Landes-Co-Vorsitzende der Linkspartei in Sachsen, Stefan Hartmann, übte harsche Kritik, indem er u.a. sagte: »Wir haben erlebt, wie gültige Hygieneauflagen unter den Augen der Polizei ignoriert wurden, wie Journalisten bei Angriffen nicht geschützt, sondern von der Polizei behindert wurden, wie Neonazis faschistische Parolen in Leipzigs Innenstadt skandierten und Hooligans Menschen angegriffen haben. Das, was wir erlebt haben, ist Staatsversagen!«

Die Co-Vorsitzende Susanne Schaper ergänzte: »Die gelebte Rücksichtslosigkeit der selbst ernannten Querdenker ist auch ein Angriff auf alle, die besonders unter den derzeitigen Einschränkungen leiden müssen«. Dazu nennt sie u.a. die Menschen, die sich an die Regeln halten, ihre Geschäfte schließen oder ihre Arbeit einstellen mussten, in Krankenhäusern und Gesundheitsämtern arbeiten usw. Schaper betonte: »Es gibt ein Recht auf Versammlungsfreiheit, aber kein Recht auf Rücksichtslosigkeit.«

### Wir müssen wachsam sein!

Auch in unserer Region gibt es Corona-Leugner. Aus den Erfahrungen von Sachsen können und müssen wir lernen, dass sich Rechtsextreme, AfD-ler, PEGIDA-Leute, Hooligans u.a. Demokratiefeinde mit diesen Kreisen verbünden, vermischen und immer mehr Einfluss auf diese Menschen nehmen. Sie nutzen ihre Proteste zur Durchsetzung ihrer rechten Grundideen.

Achim Müller

## Um Hilfe wird gebeten: Existieren Fotografien?

Der 75. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus ist der Anlass, den sowjetischen Ehrenfriedhöfen, welche in den Nachkriegsjahren im Landkreis Ostprignitz-Ruppin entstanden sind, eine Studienarbeit zu widmen. In Form von performativen Gestaltungsansätzen sollen verschiedenste historische Fotos aus Vergangenheit und Gegenwart künstlerisch gegenübergestellt werden. Aufgrund des lückenhaften Bestandes unterschiedlichster Archive würde Justin König gern auf Privatarhive zurückgreifen wollen. Gesucht werden sämtliche historische Quellen, also

beispielsweise Fotoaufnahmen von den sowjetischen Ehrenmälern im Landkreis OPR. Dabei ist es zweitrangig, wann diese entstanden sind oder ob beispielsweise Personen auf den Fotos zu erkennen sind. Informationen oder persönliche Geschichten im Zusammenhang mit den Ehrenmälern wären für die Arbeit von großem Mehrwert. Sofern Sie über verwertbares Material verfügen, wenden Sie sich bitte telefonisch an Justin König (0162 7297900) oder senden Sie ihm eine E-Mail an justin.koenig@fu-berlin.de. Vielen Dank für Ihre Mithilfe!

### Kurzmeldungen

#### Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!



Zum Volkstrauertag gedachten Vertreter der Partei DIE LINKE der Opfer, die den Tod durch Aufrüstung und Nationalismus fanden. In Kyritz wurden Gedenkkranze auf dem städtischen Friedhof, am sowjetischen Ehrenmal sowie am VdN-Denkmal niedergelegt. Auf dem Foto sind Maren S. Schulz, der Kreistagsabgeordnete Justin König (beide DIE LINKE) sowie Vertreter von Stadt und Stadtverordnetenversammlung zu sehen (v.l.n.r.).

In Wittstock gedachte die Stadtfraktionsvorsitzende Angelika Noack gemeinsam mit ihrer Ratskollegin Kerstin Zillmann (DIE LINKE) der Opfer des Zweiten Weltkrieges.

Im Tagebuch (1941-1945) einer Neuruppinerin war folgender Satz zu lesen: »Ich bekomme das heulende Elend über den Jammer. Was hat die Hitlerregierung uns für Jammer gebracht.«



#### Unser Konto für Spenden & Einzahlungen

DIE LINKE. OPR  
IBAN: DE47 1606 1938  
0001 6323 61

BIC: GENODEF1NPP

Raiffeisenbank  
Ostprignitz-Ruppin eG

Verwendungszweck:  
Spende Märkische Linke

Bitte geben Sie Ihren Namen und Ihre Adresse an. Die Daten behandeln wir vertraulich.

# Linksfraktion im Landtag Brandenburg

## Zwischenzeugnis



### Kenia-Koalition Brandenburg

geboren am 20. November 2019 in Potsdam

Klasse 1 Schuljahr 2019/20 1. Regierungsjahr

#### Leistungen

<b>Sozialverhalten</b>	<b>5</b>	Seit Start der Kenia-Koalition vor einem Jahr müssen wir leider einen Rückfall in das alte Schema Koalition vs. Opposition feststellen. Die Koalition scheint nicht an einem konstruktiven Miteinander interessiert. Sie und ihre Ministerien agieren seit Beginn der Pandemie selbstverliebt und im Solomodus. Das Parlament bleibt dabei außen vor, Vorschläge werden per se abgeschmettert. Demokratische Beteiligung der Opposition kostet kein Geld, es braucht aber politischen Willen dafür, das vermissen wir. Wo Dialog und breiteste Suche nach besten Lösungen dringendst angeraten wären, kapselt sich die Koalition ein. Mit Anträgen der demokratischen Opposition wird ignorant umgegangen. Das von der LINKEN vorgelegt Beteiligungsgesetz versauert nach wie vor im Hauptausschuss. Die Wiederberufung eines Nachhaltigkeitsbeirats wurde angekündigt - aber vollzogen wurde sie nicht.
Soziale Verantwortung	5	
Kooperation	5	
Kommunikation	6	
Konfliktverhalten	4	

<b>Pandemiebekämpfung</b>	<b>4</b>	Die Hilfen für Soloselbständige und Kleinunternehmer sind stockend bis gar nicht gezahlt worden. Das war im Frühjahr so, als aus großen Versprechungen der Verweis auf Hartz IV wurde - und so erleben wir es jetzt wieder. In Kitas und Schulen fehlt es an Personal und Technik, um den hygienischen Notwendigkeiten dieser Pandemie gerecht zu werden. Die Teststationen sind überfüllt oder mussten wie im Falle der Ruppiner Kliniken sogar geschlossen werden. Die Krankenhäuser und der öffentliche Gesundheitsdienst sind inzwischen am Limit. Selbst bei dem aufgenommenen Milliardenkredit fehlen immer noch 70 Millionen Euro, um den Investitionsbedarf der Kliniken zu decken. Noch immer gibt es keinen unterstützenden wissenschaftlichen Beirat und kein Infektionsschutzbeteiligungsgesetz, das wir mittlerweile seit April fordern.
Gesundheitsschutz	2	
Schutz der Wirtschaft	4	
Soziale Absicherung	4	
Beteiligungsmöglichkeiten	6	

<b>Zukunftsperspektive</b>	<b>5</b>	Mit TESLA allein ist kein Land zu machen und es wäre fatal, wenn die Koalition hier so eindimensional agiert. Von Kitabeitragsfreiheit redet inzwischen nur noch die Linksfraktion - absolute Stille hingegen bei der Koalition. Ebenso wie beim besseren Kitabetreuungsschlüssel. Der geplante Anstieg des Vergabemindestlohns ist vom September ins nächste Jahr verschoben worden und beim Ehrenamt wird gekürzt, obwohl der Ministerpräsident immer wieder sagte, dies sei der Kitt der Gesellschaft. Der Unternehmerlohn bleibt für Brandenburg offenbar eine Wunschidee und die Digitalisierung der Schulen steckt weiter in den Kinderschuhen. So wird das nichts mit einer solidarischen Zukunft.
Gute Arbeit	5	
Gute Bildung	5	
Solidarität	4	

<b>Geld ausgeben</b>	<b>1</b>	Die Koalition war von Anfang an ein teures Trio. So massiv, wie CDU und Grüne uns aus der Opposition heraus zu Einführung und Einhaltung der Schuldenbremse gedrängt hatten, so massiv nutzten sie Ende 2019 die letzten Spielräume zur Neuverschuldung, um ihren üppigen Koalitionsvertrag zu finanzieren und jedem Koalitionspartner eine Freude zu machen. Insofern startete Brandenburg bereits finanziell vorbelastet in die Corona-Zeit und die damit verbundenen starken Haushalts-Belastungen.
Kredite und Rückgriffe	1	
Teure Geschenke	2	

#### Versäumnisse

Anträge der Linksfraktion abgelehnt: **44** Gesetzentwürfe der Linksfraktion abgelehnt: **4**

Potsdam, 17.11.2020

Fraktionsvorsitzende Frau Dammberg

Fraktionsvorsitzender Herr Walter



# Beiblatt zum Zeugnis

## Kenia-Koalition Brandenburg

geboren am 20. November 2019 in Potsdam  
Klasse 1 Schuljahr 2019/20 1. Regierungsjahr

### Verbesserungsvorschläge

Die Koalition muss jetzt die Dinge in Ordnung bringen, die schon lange anstehen und dabei gleichzeitig nachhaltig handeln. Konkrete Vorschläge lauten:

- Einen fiktiven Unternehmerlohn von 1.080 Euro einführen, Mindereinnahmen in der Kultur- und Veranstaltungsbranche zu 100% ersetzen.
- Die Krankenhäuser auskömmlich finanzieren, insbesondere die Mindereinnahmen durch freigehaltene Betten ersetzen.
- Die Krankenhäuser in der öffentlichen Hand behalten und perspektivisch für eine Rückführung schaffen.
- Den Öffentlichen Gesundheitsdienst - von Personal bis Technik - stärken.
- Den Tarifvertrag in der Pflege für allgemeinverbindlich erklären.
- Die volle Kita-Beitragsfreiheit endlich umsetzen und den Betreuungsschlüssel verbessern.
- Den Einsatz von Reisebussen zur Verstärkung des Schülertransportes ermöglichen.
- Bahnen und Busse für Schülerinnen und Schüler in ganz Brandenburg kostenfrei machen.
- Stillgelegte Nebenbahnstrecken reaktivieren, als Baustein für den beschleunigten Ausbau des Nahverkehrsangebotes.
- Den Vergabemindestlohn sofort anheben und die Erhöhung nicht weiter schieben.
- Schulen und Bildungseinrichtungen pandemiefest machen, konkret Luftreiniger anschaffen, das digitale Lernen ermöglichen und mehr Personal.
- Die sozial-ökologische Transformation nicht weiter verschlafen.
- Das Infektionsschutzbeteiligungsgesetz verabschieden, demokratische Mitsprache ermöglichen sowie einen Pandemiebeirat einrichten.
- Ein Krisenhilfsprogramm „Soziales Wohnen“ auflegen, das Mieter\*innen vor Kündigung auf Grund krisenbedingter Mietschulden schützt und verhindert, dass soziale Wohnungsbauvorhaben abgesagt werden. Es geht um eine Verstetigung der sozialen Wohnraumförderung.
- Die Erarbeitung einer Bodensicherungsstrategie mit dem Ziel, öffentlichen Grund und Boden dauerhaft in öffentlichem Eigentum zu behalten und so für das Gemeinwohl nutzbar und bezahlbar zu machen.
- Nicht nur klatschen, handeln: Anständige Löhne für systemrelevante Berufe wie Pflegekräfte, Krankenschwestern, Beschäftigte im Nahverkehr...

Wir empfehlen grundsätzlich, den Koalitionsvertrag zur Seite zu legen und gemeinsame Lösungen zu suchen. Unser Brandenburg ist schließlich mehr wert als Worthülsen und Überschriften. Es braucht vielmehr ein sofortiges Eintreten für mehr soziale Gerechtigkeit und eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Abschreiben ausdrücklich erlaubt unter: [www.sozial-start.de](http://www.sozial-start.de)

### Versetzung

Die Versetzung der Koalition ist akut gefährdet.

Potsdam, 17.11.2020

Fraktionsvorsitzende Frau Dahnberg

Fraktionsvorsitzender Herr Walter

## Gemeinsamer Fahrradkors für den Bau sicherer Radwege

Als Ortsvorsteher von Protzen und Gemeindevertreter von Fehrbellin, aber auch als aktiver Radfahrer, setze ich mich schon lange für ein vernünftiges Radwegesystem und für sichere Radwege an viel befahrenen Straßen ein. Vor etwa einem Jahr haben Einwohner aus den Dörfern Protzen, Manker und Walchow eine Bürgerinitiative gegründet, die sich für einen sicheren, straßenbegleitenden Radweg entlang der L 165 einsetzt. Weil durch den zunehmenden Umleitungs- und Mautausweichverkehr ein gefahrloses Befahren der Landesstraße mit dem Fahrrad nicht mehr möglich ist, besteht hierdurch die Notwendigkeit, einen separaten Radweg zu realisieren.

Besonders viele Eltern sind besorgt, wenn ihre Kinder mit dem Rad zur Schule nach Fehrbellin oder Wustrau fahren. Kürzlich wurden über 560 Unterschriften gesammelt, welche der Gemeindeverwaltung übergeben wurden. Auf diesem Wege wurde erreicht, dass die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung einen Grundsatzbeschluss fasste, dass sich die Gemeinde gegenüber dem Land Brandenburg für einen Radweg entlang der L 165 einsetzen werde. Auch trat Fehrbellin vor kurzem der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen bei.

Um unserer Forderung noch mehr Nachdruck zu verleihen, lud die Bürgerinitiative am 14.11.2020 zur Fahrraddemo ein. Über 130 Teilnehmer folgten unserem Aufruf und machten



sich auf den Weg, um ein Zeichen zu setzen. Unter Beachtung aller Hygienevorschriften ging es mit Polizeibegleitung in Protzen los. Zuerst in Richtung Manker, wo sich weitere Interessierte anschlossen, dann zurück über Protzen, Walchow bis nach Dammkrug. Hier konnten wir u.a. auch unseren Fehrbelliner Bürgermeister, den Sprecher des Landrates und auch unsere Kreistagsmitglieder Ines Nowack und Justin König begrüßen. In kurzen Redebeiträgen wurde noch einmal betont, dass es neben der Sicherheit der Radfahrer auch um den wichtigen Anschluss an den bestehenden Radweg in Dammkrug geht, nämlich die Verbindung nach Fehrbellin und darüber hinaus auf den Pauline-Radweg und in die andere Richtung nach Neuruppin. Die überwältigende Teilnahme an dieser Demo bestärkt uns darin, weiter zu machen und den Druck gegenüber dem Land Brandenburg zu verstärken.

*Dieter Sarnow*

Die »Märkische Linke« wünscht Ihnen eine frohe sowie besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Rutsch in das neue Jahr! Lassen Sie das Positive Revue passieren und bleiben Sie gesund und munter!

### Kontakte

**DR. KIRSTEN TACKMANN**  
Bundestagsabgeordnete, agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«  
Tel: 030 22774309 Fax: 030 22776308  
Funk: 0173 3804592  
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Straße 1, Kyritz  
Wahlkreismitarbeiter **JUSTIN KÖNIG**  
Tel: 033971 32857 Fax: 033971 32893  
E-Mail: koenig@kirsten-tackmann.de  
Sprechzeiten: Mo. u. Di. 9.30 - 14.30 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin  
Wahlkreismitarbeiter **PAUL SCHMUDLACH**  
Tel.: 03391 2383  
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de  
Sprechzeiten: Mo. - Do. 10.00 - 16.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Burgstraße 27, Wittstock  
Wahlkreismitarbeiter **CHRISTIAN RICHTER**  
Tel: 03394 4018699  
E-Mail: richter@kirsten-tackmann.de  
Sprechzeiten:  
Di. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr  
Do. 16.00 - 18.00 Uhr

**RONNY KRETSCHMER**  
Landtagsabgeordneter, Sprecher für Haushalts- und Finanzpolitik sowie Gesundheits- und Pflegepolitik  
Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin  
Wahlkreismitarbeiterin **JENNY SALZWEDEL**  
Tel: 03391 5123477  
E-Mail: ronny.kretschmer@linksfraktion-brandenburg.de  
Sprechzeiten: Di. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

**DIE LINKE. OSTPRIGNITZ-RUPPIN**  
Kreisschäftsstelle Neuruppin  
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin  
Tel: 03391 655420  
Fax: 03391 655422  
www.dielinke-opr.de  
E-Mail: kv@dielinke-opr.de  
Sprechzeiten: Di. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr  
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **JUSTIN KÖNIG**  
Termine nach Absprache

Kreisschatzmeisterin **KERSTIN BRENDLER**  
1. Freitag im Monat: 15:30 - 17:30 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz  
Wilsnacker Str. 1, 16866 Kyritz  
Tel: 033971 72086  
Fax: 033971 32893  
E-Mail: bock@dielinke-opr.de  
Sprechzeiten: Do. 10.00 - 11.30 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock  
Burgstraße 27, 16909 Wittstock  
Tel: 03394 4002971  
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de  
Sprechzeiten:  
Di. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr

### Aufgelesen

#### Heilig?

geweihte Nacht  
im Weihrauch verraucht  
Rauschkauf raubt Sinn

Janina Niemann-Rich

### Termine Aktualisierungen auf [www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de) beachten

Montag 04.01.21	<b>Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin</b> 19 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Donnerstag 07.01.21	<b>Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen</b> 19 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Donnerstag 07.01.21	<b>Beratung des RV DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe</b> 19 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Burgstr. 27
Montag 11.01.21	<b>Beratung des geschfd. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 16 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch 20.01.21	<b>Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 19 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1

### Buchtip



**F**ranziska Böhler liebt ihre Arbeit als Krankenschwester und wünscht sich, »dass Pflegende ihren Beruf bis in den Ruhestand und ohne psychische und physische Beeinträchtigungen ausführen können« und später nicht in Armut leben. Doch ihr Arbeitsalltag wird von Fallpauschalen geprägt. Weniger Pflegekräfte betreuen immer mehr Menschen, mit extremen Folgen: »Es wird eher gestorben, wenn man qualifiziertes Personal einspart oder keines hat.« Ihr Buch enthüllt, wie krank das Gesundheitssystem wirklich ist.

**Bildrechte:** (1) AdobeStock\_238138370 (2) Linksfraktion im Landtag Brandenburg (3) AdobeStock\_330154607 (4) AdobeStock (5) André Reichel (6) Kirsten Tackmann (7) André Reichel (8) Paul Schmudlach (9) NGG (9) Wikimedia Commons, Autor: Tia Dufour (10) DIE LINKE. OPR (11) André Reichel (12) DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe (13) Justin König (14) Heyne-Verlag

**Herausgeber: DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin**  
Kreisvorstand, Schinkelstraße 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. Paul Schmudlach, E-Mail: [redaktionml@dielinke-opr.de](mailto:redaktionml@dielinke-opr.de)  
Leitender Redakteur: Justin König, Redaktion: Hans-Joachim Müller,  
Ines Nowack, Hans Schaefer, Jürgen Schubert.

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers beziehungsweise der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 08.01.2021**  
**Erscheinungsdatum: 21.01.2021**